

Krakauer Zeitung.

Nr. 216.

Mittwoch den 21. September

1864.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-

Preis für Krakau 3 fl., mit Beilage 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mrt., einzelne Nummern 5 Mrt.

Redaktion, Administration und Expedition: Krakau-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergesparte Beilage 5 Mrt., im Anzeigblatt für die erste Ausgabe 5 Mrt., für jede weitere 3 Mrt. Sennelgebühr für jede Einzelung 30 Mrt. — Insert-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Sendungen werden franco erbeten.

Die Administration der „Krakauer Zeitung“ bemüht, das im letzten Aufschwung begriffene Blatt noch mehr zu heben, hat eine Anzahl neuer hierländiger und auswärtiger Correspondenten gewonnen, namentlich werden regelmäßige Wiener Wochenberichte aus der Feder eines trefflichen Feuilletonisten im Blatt erscheinen.

Die Administration erneuert deshalb in sicherer Voraussicht zahlreicher Vertheilung ihre Einladung zum Abonnement auf das mit dem 1. October d. J. beginnende neue Quartal der

„Krakauer Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. October bis Ende December 1864 beträgt für Krakau 3 fl., für auswärts mit Inbegriff der Postzuführung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zuführung des ersten Blattes an) werden für Krakau mit 1 fl., für auswärts mit 1 fl. 35 Mrt. berechnet.

Amtlicher Theil.

Nr. 1688 / B. A. C.

Die k. k. Landes-Commission für Personal-Angelegenheiten der gemischten Bezirksämter für das Krakauer Verwaltungsgebiet hat die k. k. Bezirksamtsactuar Johanna Lopatiner und Johann Lepchy zu k. k. Bezirksamtsadjuncten, dann den k. k. Gerichts-Ausultanten Karl Góra zum k. k. Bezirksamtsactuar provisorisch zu ernennen und Johanna Lopatiner dem k. k. Bezirksamte in Rozwadów, Johann Lepchy und Karl Góra dem k. k. Bezirksamte in Brzesko zuzuweisen befunden.

Krakau, am 17. September 1864.

Se. r. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Entschließung vom 27. August d. J. dem Bischof zu Stuhlsenburg, Dr. Emeric v. Farkas, die Würde eines wirklichen geheimen Rethes mit Nachsicht der Taren allergründig zu verleihen.

Se. r. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 7. September d. J. dem Dekan und Pfarrer zu Feldkirchen in Kärnten, Matthias Egger, in Anerkennung seines vielfährigen und erprobten Werks in der Seelsorge und im Schulzache, das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergründig zu verleihen geruht.

Se. r. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Entschließung vom 7. September d. J. allergründig zu bewilligen, daß der pensionierte k. k. Kavallerist Mathias Niedermayer, das ihm verliehene Ehrenkreuz des königl. sächsischen Albrecht-Ordens annehmen und tragen darf.

Se. r. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 13. September d. J. dem Concubisten bei der croatisch-slavischen Hofkanzlei, Stathalterreitmeister Georg Milic, den Titel eines Stathalterreitmeisters mit Nachsicht der Taren allergründig zu verleihen geruht.

Se. r. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 7. September d. J. allergründig zu bewilligen, daß der pensionierte k. k. Kavallerist Mathias Niedermayer, das ihm verliehene Ehrenkreuz des königl. sächsischen Albrecht-Ordens annehmen und tragen darf.

Se. r. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 13. September d. J. dem Concubisten bei der croatisch-slavischen Hofkanzlei, Stathalterreitmeister Georg Milic, den Titel eines Stathalterreitmeisters mit Nachsicht der Taren allergründig zu verleihen geruht.

Bezüglich der Friedensverhandlungen läßt sich die „Indep.“ aus Wien schreiben, daß Dänemark auf's Bereitwilligte alle zu einem billigen Ausgleiche nöthigen Materialien liefert. Es scheint nicht, daß die Bevollmächtigten Präsentationen erheben, welche auf eine Berringerung der Gebietsabtretungen abzielen, selbst diejenigen Organe der Presse, welche sonst der Augustenburgischen Sache eifrig ergeben sind, nicht sehr animirt. Das Actenstück, schreibt man der „N.

dize. In der finanziellen Frage berufen sie sich auf die Präliminarien, welche nur von der Theilung der Schuld, nicht aber von der Theilung des Aktivums sprechen, und sie führen nicht mit Unrecht hinzu, daß es eine neue wichtige und die Opfer für Dänemark erschwerende Klausel in den Vertrag bringen würde, wenn man den Herzogthümern eine Indemnität für die ihnen durch die Präliminarien aufgelegten Opfer zugestehen würde.

Das Capitel für die Ablösung des Sandzells sei das Eigentum Dänemarks, welches der alleinige und rechtmäßige Besitzer dieser Meere ist. Die Zurückforderung des Kriegs- und Marine-Materials von einer Seite wäre etwas noch nicht Vorgekommenes. Belgien habe es sich zur Zeit seiner Abtrennung von Holland nicht befallen lassen, auch einen Theil der Flotte zu fordern, als es seinen Theil der niederländischen Schuld übernahm.

Endlich habe Dänemark mit Grund geltend gemacht, es würde Gefahr laufen, später zu neuen, von ihm weder in der Präliminar-Convention, noch in dem definitiven Friedensvertrag zugestandenen Opfern gezwungen zu werden, wenn man es jetzt zum Abschluß drängen, die Erledigung der finanziellen Frage aber einer späteren Zeit vorbehalten würde. Oesterreich, fährt der Correspondent fort, habe nicht umhin gekonnt, das Gerechte und Billige, welches in dieser Sprache liege, anzuerkennen, und habe daher, um nicht die Verhandlungen in's Endlose zu verschleppen und allen eventuellen Verwicklungen vorzubeugen, ein Compromiß vorgeschlagen, welches darin besteht, daß den Herzogthümern eine schiedsgerichtlich festgestellte Summe für alle ihre Forderungen ein für alle Mal bewilligt werde. Um diesen Vorschlag drehe sich nun die Debatte und es sei alle Hoffnung für dessen Annahme vorhanden.

Die seit einigen Tagen aufgetauchten benurhigenden Nachrichten über den Stand der Friedensverhandlung von einem Zurücktreten auf die Personalunion, von einer bevorstehenden Rückzung Südtlands oder auch von einer Gränzziehung zwischen Schleswig und Südtland, die abweichen würde von den in den Präliminarien getroffenen Feststellungen, entbehren, nach der „G. G.“, aller Begründung.

Nach einem Wiener Schreiben der „D. A. Z.“ ist dem Baron Plessen zu geeigneter Darnachachtung und weiterer Mittheilung die Eröffnung zugesagt, daß ein hartnäckiges Widerstreben der Herzogthümern, die ihnen aufzubürdenden finanziellen Lasten zu übernehmen — Lasten übrigens, für welche man nach bestem Kräften bestrebt sei, einen billigen Maßstab zu finden — lediglich zu der Anregung der Frage befreit könne, ob die Herzogthümer unter den gegebenen Umständen denn auch wirklich fähig seien, ein selbstständiges staatliches Dasein zu führen. Man scheint zu hoffen, daß dieser allerdings sehr verständliche Wink nicht verloren sein wird.

Über die aus Dänemark eingetroffenen Nachrichten schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Die Nachrichten aus Dänemark haben fort eine eigenthümliche Färbung zu tragen. „Faedelandet“ bemüht sich die nordische Union zu empfehlen, als das einzige Mittel, die Zukunft Dänemarks sicherzustellen, und eine Notiz in der „Hamb. Börsenalle“ berichtet, daß trotz der Nachrichten von der Abtretung zahlreicher Kriegsschiffe der innere Flottenhafen von Kriegsgefahren höchst spärlich besetzt sei, und daß im Ge-

gentheile alles auf eine sehr verstärkte Thätigkeit in der Marine hindeute. Inzwischen sehn wir, ohne irgendwie eine Auflklärung darüber zu finden, in der offiziellen „Stockh. Postz.“ eine telegraphische Depesche aus Kopenhagen, nach welcher in der letzten Stunde eine französische Note eingetroffen sei, in welcher sich das Cabinet der Tuilerien missbilligend über die Haltung des dänischen Ministeriums aussprechen. Doch könnte diese Nachricht vielleicht mit einer anderen im Zusammenhange stehen, nach welcher die französische Regierung über die Veröffentlichung der bekannten Depeschen durch das dänische Cabinet seine Missvergnügen in einer Note, die vom 4. d. sein soll, ausdrückt. Fügen wir aber sofort an dieser Stelle hinzu, daß die „France“ annehmen zu müssen glaubt, die Nachricht von dieser Depesche sei unrichtig.

In Stockholm ist von dem Storthingmitglied Herrn Dahlmann eine Broschüre erschienen, welche die Nicht-Intervention-Politik des Grafen Mandelström schlagend rechtfertigt und im Publicum aller Schichten großen Beifall gefunden hat.

Der Eindruck, welchen die fürzlich bekannt gewordene Denkschrift des Erbprinzen von Augustenburg hervorgebracht, scheint kein besonders günstiger zu sein; wenigstens äußern sich über dieselbe selbst diejenigen Organe der Presse, welche sonst der Augustenburgischen Sache eifrig ergeben sind, nicht sehr animirt. Das Actenstück, schreibt man der „N.

P. Z.“ aus Frankfurt, macht weit mehr den Eindruck einer rasch zusammengeschriebenen Broschüre als denjenigen einer Staatschrift. Das gegebene historische Material ist höchst dürtig und gewährt einen erschöpfenden Überblick über die in Betracht kommenden Thaisachen in keiner Weise; an Stelle der Rechtsdeductionen ist fast durchgehends auf die Aussführungen von Schriftstellern Bezug genommen und zwar nahestlich von solchen, welche wie Samwer und Warnstedt pronuncierte augenbürgische Partei Männer sind. Dieser Umstand hätte erschienen dazu auffordern sollen, jene Citate bei Seite zu lassen und, wie der Zweck einer Staatschrift es erheischt, anstatt derselben eigene concise Rechtsdeductionen zu liefern.

Das „Mém. diplom.“ erfährt aus Frankfurt, daß der Großherzog von Oldenburg noch immer nicht die Besitz der für die Begründung seiner Ansprüche notwendigen Renunciationsacten sei. Nicht bloss die Enttagungsacten des Prinzen Wasa, sondern auch jene des Kaisers Alexander fehlen zur Stunde noch; der Gar habe wohl in Kissingen das Verprechen gegeben, auf seine Ansprüche zu entgehen, daselbe aber noch nicht gelöst. Das „Mém. diplom.“ erblickt hierin die Lösung des Räthels, weshalb der Großherzog die Einbringung der Begründungsschrift beim Bunde so sehr verzögert. Diesen so bestimmt aufstrebenden Behauptungen stehen bekanntlich ebenso bestimmt diametral entgegen.

Wie verlautet, soll nächstens eine aus dem Schoße des Bundestages gewählte richterliche Instanz zur Beurteilung über die concurrenden Successions-Ansprüche zu tun kommen? Wenn nach einer von Frankfurt aus colportierten Nachricht, der König von Preußen sich für die Succession des Herzogs von Augustenburg in einer den Hoffnungen des Erbprinzen günstigen Weise genehmigt, so sei dies höchstens nur im Hinweise auf die bald zu erwartende Konstituierung des Gerichtshofes geschehen.

Dass der Besuch der Kaiserin Eugenie bei der Fürstin Metternich auf Johannisthal, von dem fürzlich die Rede war, unterbleibt, hat, wie man der „Schles. Ztg.“ aus Wien schreibt, darin seinen Grund, daß die Fürstin selbst in der nächsten Zeit nicht auf ihrem Schlosse anwesend sein wird. Wir können daher alle Schlüsse, die etwa aus dem Unterbleiben dieses Besuches gezogen werden dürfen, im Vorhinein als Trugschlüsse bezeichnen.

James Fazy aus Genf hat, wie aus Paris tel. gemeldet wird, bei dem Kaiser in St. Cloud eine Audienz gehabt und ist auch von dem Prinzen Napoleon empfangen worden.

Die Anerkennung des Königreichs Italien von Seiten der bayerischen Regierung scheint der „N. P. Z.“ beschlossene Sache zu sein, als Paroli auf die trog höflicher Entschuldigung über vermerkte österreichische Anerkennung des Königs Georg von Griechenland. Ein von großer Verstimmung zeugender offizieller Artikel des Nürnb. Corr. beweist das. Der Corr. äußert sich u. Ändern in folgender Weise hierüber:

„Nachdem bekanntlich seit längerer Zeit der geegnete diplomatische Verkehr zwischen München und Turin unterbrochen gewesen, wird die bayerische Regierung, wie verlautet, in einer nach Wien gerichteten Depesche die zwingenden Gründe darlegen, welche zu Gunsten der in Italien engagirten Interessen des bayerischen Handels die Wiederaufstellung eines direkt diplomatischen Schutzes gebietetisch erheischen. In Rücküberlegung auf diese Depesche dürfte die österreichische Regierung beiläufig erklären: daß sie, wenn sie gleich fortgesetzte die Ueberzeugung habe, zu irgend einer Anerkennung des Königreichs Italien einig ist, soll Monsignore Salandari, Bischof von Marcopoli und neuer apostolischer Vicar für die Donaufürstenthümer, ist am 4. d. von Rom nach Constantinopel abgereist. Er bringt Briefe des Papstes an den Sultan und des Cardinals Antonelli an den Fürsten Cusa. Fürst Cusa hat während seines Aufenthaltes in Constantinopel gegen Monsignore Brunoni

und einen apostolischen Vicar für die Donau-

fürstenthümer, ist am 4. d. von Rom nach Constan-

tinopel abgereist. Er bringt Briefe des Papstes an

den Sultan und des Cardinals Antonelli an den Für-

sten Cusa. Fürst Cusa hat während seines Aufenthaltes in Constantinopel gegen Monsignore Brunoni

und einen apostolischen Vicar für die Donau-

fürstenthümer, ist am 4. d. von Rom nach Constan-

tinopel abgereist. Er bringt Briefe des Papstes an

den Sultan und des Cardinals Antonelli an den Für-

sten Cusa. Fürst Cusa hat während seines Aufenthaltes in Constantinopel gegen Monsignore Brunoni

und einen apostolischen Vicar für die Donau-

fürstenthümer, ist am 4. d. von Rom nach Constan-

tinopel abgereist. Er bringt Briefe des Papstes an

den Sultan und des Cardinals Antonelli an den Für-

sten Cusa. Fürst Cusa hat während seines Aufenthaltes in Constantinopel gegen Monsignore Brunoni

und einen apostolischen Vicar für die Donau-

fürstenthümer, ist am 4. d. von Rom nach Constan-

tinopel abgereist. Er bringt Briefe des Papstes an

den Sultan und des Cardinals Antonelli an den Für-

sten Cusa. Fürst Cusa hat während seines Aufenthaltes in Constantinopel gegen Monsignore Brunoni

und einen apostolischen Vicar für die Donau-

fürstenthümer, ist am 4. d. von Rom nach Constan-

tinopel abgereist. Er bringt Briefe des Papstes an

den Sultan und des Cardinals Antonelli an den Für-

sten Cusa. Fürst Cusa hat während seines Aufenthaltes in Constantinopel gegen Monsignore Brunoni

und einen apostolischen Vicar für die Donau-

fürstenthümer, ist am 4. d. von Rom nach Constan-

tinopel abgereist. Er bringt Briefe des Papstes an

den Sultan und des Cardinals Antonelli an den Für-

sten Cusa. Fürst Cusa hat während seines Aufenthaltes in Constantinopel gegen Monsignore Brunoni

und einen apostolischen Vicar für die Donau-

fürstenthümer, ist am 4. d. von Rom nach Constan-

tinopel abgereist. Er bringt Briefe des Papstes an

den Sultan und des Cardinals Antonelli an den Für-

sten Cusa. Fürst Cusa hat während seines Aufenthaltes in Constantinopel gegen Monsignore Brunoni

und einen apostolischen Vicar für die Donau-

fürstenthümer, ist am 4. d. von Rom nach Constan-

tinopel abgereist. Er bringt Briefe des Papstes an

den Sultan und des Cardinals Antonelli an den Für-

sten Cusa. Fürst Cusa hat während seines Aufenthaltes in Constantinopel gegen Monsignore Brunoni

und einen apostolischen Vicar für die Donau-

fürstenthümer, ist am 4. d. von Rom nach Constan-

tinopel abgereist. Er bringt Briefe des Papstes an

den Sultan und des Cardinals Antonelli an den Für-

sten Cusa. Fürst Cusa hat während seines Aufenthaltes in Constantinopel gegen Monsignore Brunoni

und einen apostolischen Vicar für die Donau-

fürstenthümer, ist am 4. d. von Rom nach Constan-

tinopel abgereist. Er bringt Briefe des Papstes an

den Sultan und des Cardinals Antonelli an den Für-

sten Cusa. Fürst Cusa hat während seines Aufenthaltes in Constantinopel gegen Monsignore Brunoni

und einen apostolischen Vicar für die Donau-

fürstenthümer, ist am 4. d. von Rom nach Constan-

tinopel abgereist. Er bringt Briefe des Papstes an

den Sultan und des Cardinals Antonelli an den Für-

sten Cusa. Fürst Cusa hat

schen Capitalisten gegenwärtig dem europäischen Geldmarkt gegenüber beobachten.

Die Verhandlungen zu Prag betreffend, schreibt man der „A. A. Z.“ aus Wien: Die beiden Regierungen haben ihre versöhnlichsten Männer, die Herren v. Hock und v. Hasselbach zu diesem Werk auseinander, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, waltet wirklich allerseits das aufrichtige Bestreben ob, die vorhandenen Differenzen auszugleichen und die durch den Februarvertrag begründete enge Handelsverbindung zwischen Österreich und dem Zollverein aufrecht zu erhalten, und so weit möglich enger zu knüpfen. Aber es stehen noch immer der Erreichung dieses Ziels große Hindernisse entgegen. Österreich kann zur Wahrung seiner Zusammenghörigkeit mit Deutschland in keinen Vertrag einwilligen, welcher jene Zusammenghörigkeit weniger scharf betont, als es im Februarvertrag durch Anerkennung der allgemeinen deutschen Zollvereinigung als Ziel des Vertragsabschlusses und durch Festsetzung eines Zeitraumes geschehen ist, wann über diese Einigung verhandelt werden soll; in Preußen ist aber bis zu den ministeriellen Kreisen hinan die Partei derjenigen übermäßig, welche glauben, durch ein solches Anerkennungs- und eine solche Zeitbestimmung der Führerschaft etwas zu vergeben, welche Preußen durch den Zollverein im größten Theil Deutschlands faktisch errungen hat. Man sagt, daß es ein Vorurtheil solcher Art gewesen sei, welches den berufensten Sachmann Preußens, Herrn v. Delbrück, abgehalten hat, die Mission nach Prag anzunehmen. Ohne diejenigen Hindernisse weiter zu sprechen, welche der Verhandlung im Allgemeinen vom politischen Standpunkte aus, sich entgegenstellen, sei hier nur jener gedacht, welche auf zolltechnischem Gebiet, aus dem Gegenstand der Verhandlung hervorgehend, sich ihr entgegenstürmen. Preußen hat sich und den Zollverein durch seinen Vertrag mit Frankreich vom 2. August 1862 vielfach gebunden. Es vermag Österreich nichts zuzugestehen, was es nicht nach Art. 31 jenes Vertrages ohne alles Entgelt auch Frankreich einzuräumen müßte, und eben darum auch allen andern Staaten kaum verlagen könnte. Jede Bewilligung an Österreich wird dadurch fast unmittelbar Gegenstand des allgemeinen Tarifs und es ist einleuchtend, daß diese Rechtsfolge Preußen in seinen Zugeständnissen an Österreich höchst zurückhaltend machen muß, aber eben darum ihm die Mittel nimmt, umfassende Gegen-Concessionen von Österreich zu erlangen. Der einzige Ausweg, der noch offen steht, liegt darin, daß jener Vertrag, wenn auch abgeschlossen, noch nicht ratifiziert ist und daß Frankreich durch die Aussicht auf einen Handelsvertrag mit Österreich zum Bericht auf die aus dem Art. 51 entspringenden Rechte, wenigstens für einzelne Waaren, zu bewegen sein wird. Ferner kommt in Betracht daß der neue Tarif des Zollvereins, wie er auf Grundlage des französisch-preußischen Vertrages auf den Berliner Conferenzen in allen Details ausgearbeitet und festgestellt worden ist, von dem neuen österreichischen Tarif, wie er im Entwurf v. 18. Nov. 1863 vorgezeichnet erscheint, weit mehr sich entfernt als dies bei dem alten Tarif des Zollvereins gegenüber jenem Tarifentwurf der Fall war, welcher zur Zeit der Verhandlungen über den Februarvertrag dem österr. Bevollmächtigten als Anhaltpunkt mitgegeben werden konnte. Aber auch abgesehen von dieser Differenz der Auszüge, kann der Zollverein in dem Augenblick wo er durch sein Verhältniß zu Frankreich sich außer Stand gesetzt hat Österreich viele und bedeutende ausschließende Zollbegünstigungen zugestehen, unmöglich Österreich zumuthen daß es in seinem Tarif eine lange Reihe von Differentialzöllen zu Gunsten des Zollvereins aufnehme. Es wird sich zu einer solchen Maßregel um so weniger entscheiden können, als durch jede solche ausschließende Begünstigung die bereits erwähnte Verhandlung mit Frankreich über einen Handelsvertrag wesentlich erhöht wird. Doch zum Glück gibt es für die Unterhändler noch ein freies Gebiet, jenes der allgemeinen Verkehrserleichterungen. Es können Waaren des einen Zollgebietes in dem andern, unter Gestaltung der zollfreien Rückkehr der unverlaufenen, zum Verkauf zugelassen, es kann zugesstanden werden daß die Garne des einen in dem andern verweilt, die Stoffe gefärbt und bedruckt, aus ihnen Kleider verfertigt, Hämpe gegerbt, Metalle zu Maschinen verarbeitet und die Produkte zollfrei zurückgeführt werden. Es ist möglich die Zollabfertigung derart zu regeln, daß der Kaufmann an seinem Standort für den Bestimmungsort im Nachbarland zu erklären und die Begleittheine zu nehmern vermag. Es können zu diesem Behufe die Tarife in ihrem Text einander gleichgestellt werden; es ist thunlich die bereits bestehende Zusammenlegung der Aemter an der Zwischenzolllinie weiter auszudehnen; kurz, es gibt hundert und abermal hundert andere Arten in welchen zur allgemeinen Wohlfahrt das bundesfreundliche Verhältniß der beiden Zollgruppen ausgesprochen werden kann.

Die Berichte des Freiherrn v. Hock aus Prag sollen noch immer befriedigend lauten. Die Haltung des Herrn v. Hasselbach lasse, wie man mit gewohntem Sanguinismus meint, ein aufrichtigeres Entgegenkommen (?) Preußens als bisher betrachten. Die principiellen Punkte, Zolleinigung und Art. 31, sind speziell noch nicht erörtert worden. Auf dem Einigungsrecht wird Österreich bestehen. Den Art. 31 einschließlich zu streichen, wird selbstverständlich nicht gelingen, da Frankreich ihn nicht opfern will. Man hält indessen für möglich, auf dem Wege modifizierter Tarifäge bezüglich einiger wichtiger Artikel das Weisen desselben so abzuschwächen, daß den Ansprüchen Österreichs und der süddeutschen Staaten in der Hauptsache genügt werden dürfte.

Nach der „Wossischen Zeitung“ ist der nassauische Bevollmächtigte Hemker in Berlin eingetroffen zur Vollziehung des Vertrages über den Anschluß Nassaus an den reconstituirten Zollverein. Ein württembergischer Bevollmächtigter wird erwartet. Wahrscheinlich werden Württemberg, Darmstadt und Nassau in einem Acte den Verträgen vom 28. Juni beitreten.

Die „Kölner Zeitung“ Nr. 260 bringt eine Wiener Correspondenz, in welcher als das Ziel Österreichs bei den Prager Conferenzen der Abschluß eines Zoll- und Handelsvertrages mit dem auf Grund des preußisch-französischen Handelsvertrages erneuerten Zollverein angegeben und zugleich in Aussicht gestellt wird, daß, wenn Österreich keine reellen und werthvollen Concessionen auf materiellem Gebiete von Preußen erlangen würde, es in direkte Verhandlungen mit Frankreich zu dem Zwecke des Abschlusses eines österreichisch-französischen Handelsvertrages treten könnte. An diese Mittheilung knüpft der Wiener Corresp. der „Köl. Ztg.“ die Bemerkung, daß das Eintreten dieses Falles unzweifelhaft auch sehr bedeutsame politische Folgen haben würde, nämlich die Lockerung der österreichisch-preußischen Allianz und einen engeren Anschluß Österreichs an die Weltmächte. „Es ist dies nicht etwa“, sagt noch der Wiener Corresp. der „Köl. Ztg.“, „eine Privat-Combination, sondern wie man aus sicherer Quelle erfährt, in der That der Gedanke der leitenden österreichischen Staatsmänner, der Standpunkt des Gesamtministeriums.“ Die „Gen. Corr.“ versichert, daß diese Behauptung des Wiener Corr. der „Köl. Ztg.“ das wirklich ist, als was er sie nicht angesehen wissen will, nämlich eine Privatecombination.

3. Täg. Arrest. — 14. Franz Biernat aus Krośno, 30 J. alt, Schustermeister, zu 1täg. Arrest.

Wegen unbefugten Waffenbesitzes.

15. Michael Lufoki aus Steffowa, 53 J. alt, Waldhauer, — 16. Hryc Dzikowski aus Leśniewice, 53 J. alt, Grundwirth, beide nebst Verfall der Waffe zu 4täg. Arrest, letzterer im Gnadenwege nachgesehen. — 17. Alexander Praglowski aus Komarowice, 44 J. alt, Grundherr, nebst Verfall der Waffe zu 25 fl. 5. W.

Wegen Besitzes fremder Legitimationsskarte.

18. Felix Poremski aus Blazowa, 44 J. alt, Untertorster, bei Anrechnung 14täg. Untersuchungshaft zu 8täg. Arrest. 19. Anton Kral aus Baranowice, 32 J. alt, Bürger, zu 4täg. Arrest.

8. Prag, 19. Sept.

Nur wenige Zeilen. Sie genügen Ihnen alles zu sagen, was ich über die hiesigen Zollverhandlungen weiß. Es ist dessen nicht viel. Die Herren Bevollmächtigten konferieren eifrig mit einander und eben treten könnten. An diese Mittheilung knüpft der Wiener Corresp. der „Köl. Ztg.“ die Bemerkung, daß das Eintreten dieses Falles unzweifelhaft auch sehr bedeutsame politische Folgen haben würde, nämlich die Lockerung der österreichisch-preußischen Allianz und einen engeren Anschluß Österreichs an die Weltmächte. „Es ist dies nicht etwa“, sagt noch der Wiener Corresp. der „Köl. Ztg.“, „eine Privat-Combination, sondern wie man aus sicherer Quelle erfährt, in der That der Gedanke der leitenden österreichischen Staatsmänner, der Standpunkt des Gesamtministeriums.“ Die „Gen. Corr.“ versichert, daß diese Behauptung des Wiener Corr. der „Köl. Ztg.“ das wirklich ist, als was er sie nicht angesehen wissen will, nämlich eine Privatecombination.

△ Krakau, 18. September.

Die Volkschule hatte bisher wohl allenfalls mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen; in der hiesigen Israeliten-Gemeinde stemmten sich aber noch vorgefasste Meinungen religiöser Natur gegen den Besuch der öffentlichen Volksschule. Nunmehr schwinden aber auch diese und die hiesigen israelitischen Haupt- und Mädchenschule gewinnt fortwährend an Sympathie der Bevölkerung. Neben dem unausgesetzten eifrigen Streben dieser Lehranstalt, den Anforderungen der Zeit wie den Wünschen des Publicums zu genügen, ist dieser Umchwung vorzüglich der väterlichen Sorgfalt der hohen Regierung zu verdanken, die diese Schule nicht nur mit gleicher Liebe wie die christlichen Volksschulen leitet und überwacht, sondern auch, in die Vocal- und Confessions-Verhältnisse eingehend, ihr alle thunlichen Concessionen, insofern sie das pädagogische und didaktische Prinzip zuläßt, huldvoll gewährt. So wurden die großen Ferien auf jenen Monat verlegt, in welchem die mit kleinen Unterbrechungen fast 4 Wochen währenden israelitischen Neujahrs-Feiern stattfinden, und die Feierlichkeiten und die Feierlichkeiten der Bevölkerung in Kis-Bér ein, woselbst er übernachtet. Morgen früh trifft der Kaiser in Komorn ein. Minister v. Schmerling wird am 1. October von Ischl wieder hier eintreffen.

Freiherr Alexander Bach ist gestern früh von Waltersdorf, wohin er sich vor einigen Tagen begaben hatte, zurückgekehrt. Er dürfte gegen Ende dieser Woche Wien verlassen und wieder nach Rom zurückkehren.

Wie verlautet, ist die von dem Judex Curiae Grafen G. Andrássy angebotene Entlassung zwar Alerhöchsten Orts bereits überreicht, aber noch nicht definitiv angenommen, wiewohl in unterrichteten Kreisen an der Annahme keineswegs gezweifelt wird.

Die Wiener Künstler-Genossenschaft hielt Samstag eine Monatsversammlung ab. Es kam hiebei das Ergebnis der Künstler-Lotterie zur Sprache, welches sich als günstig herausstellte. Die Vorlage der Pläne für das Künstlerhaus hat eine Verzögerung erfahren. Ferner wurde angezeigt, daß Malek Friedländer bei der am 3. October in Weimar stattfindenden Delegirten-Versammlung die Wiener Künstlergenossenschaft vertreten werde, und beschlossen dem gegenwärtig in Prag weilenden Peter Cornelius, falls er auf seiner Heimreise Wien berühren sollte, eine Ovation zu bereiten.

Deutschland.

Ein Theil der österreichischen Ostseeflotte soll, da die Rude von Cuxhaven bei stürmischer Witterung für Schiffe einen sehr unsicheren Ankerplatz darbietet, in dem hanoverischen Hafen Geestemünde, am Ausflug der Weser, seine Winterquartiere nehmen. Für die beiden schwer rollenden Panzerfregatten „Kaiser Max“ und „Don Juan d’Austria“ ist die Fahreszeit ohnehin schon zu weit vorgerückt, um bei den heftigen Herbststürmen die gefährliche Fahrt durch den biskayischen Meerbusen und weiter bis nach Pola zu unternehmen. Die preußische Nordseeflotte wird sich von der österreichischen trennen, und nicht in Geestemünde, sondern in einem schleswig-holsteinischen Ostseehafen, entweder Flensburg oder Kiel, überwintern.

Am 15. d. wurde zu Hohenwestedt der Bauerntag für das Amt Nendsburg und einige benachbarte Kirchspiele abgehalten. Es war nach längerer Regenzeit der erste Tag mit gutem Erntewetter, und stand dadurch, wie auch wegen der kurzen Frist, seit welcher die Versammlung berufen war, keine große Teilnahme zu erwarten. Und dennoch war die Versammlung überaus zahlreich besucht. Fast alle Dörfer ohne Ausnahme hatten 2 Delegirte gesandt, welche in ihren Communenversammlungen gewählt und dazu bevollmächtigt waren. Eine sehr entfernt liegende Dorfschaft, welche des Ernteweters wegen gar nicht gekommen war, hatte in einer, von allen Interessenten unterschriebenen Erklärung das Verlangen kurz ausgesprochen, daß sie bald den Herzog zu haben wünschen, so würde alles andere sich wohl von selber finden. Die Versammlung zählte etwa 200 Delegirte und war die Stimmung für den Herzog und die Versammlung erfreulich. Das Resultat der Versammlung war eine Erklärung, völlig übereinstimmend mit derjenigen, welche die dithmarschische Bauernversammlung beschlossen hat.

In der Sitzung der Frankfurter gesetzgebenden Versammlung vom 16. d. wurde einem von dem Senat vorgelegten Gesetzentwurf über die politische Gleichberechtigung der israelitischen Bürger und der Bürger der Landgemeinden die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt. Die Abstimmung erfolgte nahezu einstimmig, und die ausgerufenen 74 Mitglieder sprachen sich sämmtlich für den Entwurf in der Fassung des Senats aus. Der einzige Artikel des Gesetzes lautet: Die bisher noch bestandenden Beschränkungen der staatsbürglichen Rechte der Bürger der israelitischen Religion und der Bürger der Landgemeinden sind aufgehoben. Nach der Constitutionsergänzungssatzung muß über diese Verfassungsänderung die Zustimmung der christlichen Bürgerschaft eingeholt werden. Die Art dieser Abstimmung (ob öffentlich oder geheim) soll dem Ermeß des Senats überlassen bleiben.

Die am 1. Juli d. J. vertragte kurhessische Ständeversammlung ist auf den 30. September einberufen.

In Gießen tagt augenblicklich (vom 17. bis 23. d. M.) die Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte.

Die Zusammenkunft der Vertreter der amtlichen Statistik in den deutschen Staaten, welche für diesen Herbst in Darmstadt in Aussicht genommen war, ist, wie die B. B.-Z. vernimmt, wieder aufgegeben, nachdem die betreffenden Regierungen sich im Wege der Correspondenz über ein Schema geeinigt haben, nach welchem im December d. J. die Volkszählung vorzunehmen ist.

Nach Berichten aus Berlin werden demnächst im Ministerialrat Verhandlungen darüber stattfinden, ob das landwirtschaftliche Ministerium seine selbstständige Stellung erhalten oder, wie früher, dem Ministerium des Innern untergeordnet werden soll. Erstere ist glaubhafter.

Der Kaiser von Russland, der russische Thronfolger und der Großfürst Alexander treffen am 22. September früh in Potsdam ein. Die französische Militär-Commission sollte gestern in Potsdam eintreffen. Der Kurfürst von Hessen kommt nicht zu den Manövern, ebenso wenig der Herzog von Coburg. Der König reist am 28. d. nach Baden-Baden und kehrt am 2. October nach Berlin zurück.

Der Berliner Polen-Prozeß. [Sitzung vom 19. September.] Nach Eröffnung der Sitzungtheilte der Präsident Büchtemann mit, daß der Angeklagte Propst Hubert, der wegen Krankheit seiner Mutter bis heute Morgen beurlaubt war, noch nicht zurückgekehrt sei. Der Rechtsanw. v. Lisicki überreicht ein Schreiben des dem Angeklagten zur Begleitung beigegebenen Schutzmannes, nach welchem der Angeklagte plötzlich erkrankt ist, und bittet um einen Nachlauf. Der Beschluß darüber wird verhoben. Hierauf beginnt die Vernehmung des Angeklagten Ingenieur-Lieutenants a. D., Gutsbesitzers Vladimir v. Kurnatowski. Derselbe läßt sich zunächst über einige, im allgemeinen Theil der Anklage enthaltene Punkte aus, indem er darzulegen sucht, daß unter den Ausdrücken „Gründen von 1772, ganz Polen“ u. c. nur Russisch-Polen verstanden werden könne. Er verliest zu dem Zweck mehrere Stellen des bereits angezogenen Machnackischen Werkes, sucht dann vom militärischen Gesichtspunct aus die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen die Provinz Polen darzulegen, wobei er auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmächte ersten Ranges 11 Monate hindurch widerstanden habe. Die Unmöglichkeit eines Unternehmens gegen Polen dagegen sei auf die neuere Geschichte und auf die daraus zu ziehende Lehre hinweist. Die Festung Polen sei von den Injurien nicht zu erobern gewesen, da z. B. Sebastopol den vereinten Anstrengungen zweier Militärmäch

Amtsblatt.

N. 14596. Licitations-Ankündigung (974. 2-3)

Am 5. October 1864 wird das der Domäne Alt-Sandec zustehende Recht zur Einhebung der Brückenmauthgebühr von der über den Popradfluss bei Alt-Sandec führenden Brücke, auf die Dauer von drei Jahren und zweien Monaten, d. i. vom 1. November 1864 bis Ende Dezember 1867 zur neuzeitlichen Verpachtung bei der f. f. Finanz-Bezirks-Direction in Neufandec ausgeboten werden. Dem Pächter wird eine Wohnung in dem ehemaligen Spitalsgebäude, bestehend aus einem Wohnzimmer und einer Küche übergeben werden.

Die Licitationsbedingnisse können bei der f. f. Finanz-Bezirks-Direction in Neufandec eingesehen werden. Die wesentlichen sind:

1) Der Auskunftspreis des einjährigen Pachtbillings beträgt 2521 fl. 61½ kr. d. W. wovon 10% als Vaduum zu erlegen sind; die Caution ist ohne Unterschied, ob sie bar oder in Obligationen geleistet, oder hypothetisch sichergestellt wird, in der Höhe des sechsten Theiles des einjährigen Pachtbillings zu leisten, die Raten sind monatlich im Voraus einzuzahlen.

2) Außer den mündlichen werden auch schriftliche gehörig versiegelt, auf dem classenmäßigen Stempel von 50 kr. ausgefertigte, mit dem 10% Vaduum des Anbotes belegte, und mit den sonst erforderlichen Formlichkeiten verfasste Offerte bis zum Beginn der mündlichen Verhandlung angenommen werden.

3) Zur Pachtung wird jedermann zugelassen, der nach den Gelehen der Landesverfassung und den speciellen administrativen Vorrichtungen hierzu geeignet ist.

Bon der f. f. Finanz-Landes-Direction.

Krakau, am 9. September 1864.

L. 11594. Edykt. (973. 3)

Ces. król. Sąd delegowany miejski Krakowski wiadomo czyni, iż uchwałą przez c. k. Sąd krajowy Krakowski w dniu 17 Września 1864 do l. 17903 wydaną — opieka nad nieletnim Bolesławem Koźmińskim w dniu 19 Września 1840 urocznym — na przedstawienie najbliższych tegoż krewnych w myśl §. 251 U. c. na nieograniczony czas przedłużoną została.

Kraków, dnia 17 Września 1864.

L. 12526. E d y k t. (967. 2-3)

Ces. król. Sąd krajowy w Krakowie podaje niniejszym do publicznej wiadomości, że na żądanie p. p. Apolonii z Pfauerów Zebrawskiej, Franciszki z Pfauerów Warzyszkowej i Franciszka Pfauera celem przymusowego zaspokojenia sumy 1244 złr. 68½ kr. w. a. z przynależościami, odbędzie się publiczna sprzedaż realności pod l. 67. Gm. VII. (L. 111. Dz. IV.) na Piasek w Krakowie położonym — na przedstawienie najbliższych tegoż krewnych w myśl §. 251 U. c. na nieograniczony czas przedłużoną zostało.

Von der f. f. Landes-Commission für Personal-Angelegenheiten der gemischten Bezirksamter des Krakauer Verwaltungs-Gebietes.

Krakau, am 9. September 1864.

południem w c. k. Sądzie krajowym, na którym owe dobra pod warunkami licytacyjnymi uchwała z dnia 8 Marca b. r. 1. 3794 ogłoszoną, z tą tylko odmianą sprzedane będą, że na tym terminie te dobra także poniżej ceny szacunkowej sprzedane zostaną.

O tej licytacji obie strony i wierzyciele hypothecni, mianowicie z miejsca pobytu wiadomi do rąk własnych, zaś z życia i miejsca pobytu nie wiadomi, jakto: pp. Emil Miszewski i Karol Fihauzer, a w razie ich śmierci tychże sukcesorowie, tudzież wszyscy, którzy po d. 18 Listopada 1863 do hypoteck by weszli, lub którymy rezolucja licytacyę rozpisująca wcale nie, lub za późno doręczona została przez kuratora p. Dra. Rydzowskiego, któremu się p. Adw. Dr. Rosenblatt podstawiła i edykta przez Krakowską gazetę ogłoszone zawidomienie otrzymują.

Kraków, 18 Sierpnia 1864.

N. 1341. Concurs-Kundmachung. (962. 2-3)

Bei den in den Bezirkssorten Liszki, Krakauer Kreises, und in Brzeznica, Wadowice Kreises, Bezirk Kalwaria zu errichtenden f. f. Postexpeditionen sind die Postexpedienten-Stellen, mit welchen eine Bestallung jährlicher Einhundertzwanzig (120 fl.) Gulden und ein Amtspauschale jährlicher Zwanzigvier Gulden (24 fl.) verbunden ist, gegen Dienstvertrag und gegen Leistung der Caution im Betrage von 200 Gulden zu befreien.

Bewerber um diese Dienstposten haben ihre eigenhändig geschriebenen Gefüche unter Nachweisung ihres Alters, ihrer Vermögensverhältnisse, Schulbildung und bisherigen Beschäftigung bis 15. October 1864 bei der gefertigten Postdirection einzubringen und anzugeben, gegen welches mindeste Zahnpauschale sie die wöchentlich dreimalige Postenfahrt und zwar: Die Bewerber um Liszki zwischen Liszki und Krakau, jene um Brzeznica zwischen Brzeznica und Liszki zu unterhalten sich verpflichten.

Bon der f. f. galiz. Postdirection.
Lemberg, 28. August 1864.

N. 1540. Kundmachung. (963. 2-3)

Zur Besetzung einer provisorischen Actuarstelle beim Bezirksamt in Sokołów, Rzeszower Kreis mit dem Gehalte von 420 fl. und dem Vorrückungsrechte von 525 fl. wird der Concurs auf die Dauer von 14 Tagen von der dritten Einschaltung dieser Kundmachung in das Amtsblatt Kraków, 30 Sierpnia 1864.

Im Falle als diese Stelle im Wege der Versetzung bejeigt, und hiervon eine Actuarstelle bei einem andern gemischten Bezirksamt offen werden würde, oder wenn in dieser Zeit auch sonst eine derlei Stelle im unterstehenden Verwaltungs-Gebiete in Erledigung kommen sollte, wird auch zur provisorischen Besetzung dieser Stelle geschritten werden.

Die Bewerber um diese Stelle haben ihre wohl instruierten, mit einer vollständig ausgefüllten Qualifications-tabelle versehenen Gefüche unter Gehöriger Nachweisung der zurückgelegten Studien, der etwa erlangten Befähigung für die Bevorzugung der politischen Geschäfte oder zur Ausübung des Richteramtes, im Wege ihrer vorgesetzten Behörden anber zu leiten.

Von der f. f. Landes-Commission für Personal-Angelegenheiten der gemischten Bezirksamter des Krakauer Verwaltungs-Gebietes.

Krakau, am 9. September 1864.

N. 5607. Edykt. (975. 3)

Ces. kr. Sąd obwodowy w Rzeszowie zawiadamia niniejszym edyktom p. Izaka Fass, że przeciw niemu p. Juliusz Wachtel pod dniem 17 Września 1864, do l. 5607 prośbę o utworzenie konkursu na jego majątek wniosł, w załatwieniu którego do wybadania rzeczy termin na dzień 26 Września r. b. o godzinie 10 przed południem wyznacza się i temuż p. Izakowi Fass nakazuje się, ażeby pruszacego albo zabezpieczył, albo wykazał stan swego majątku i długów i wykaz takowy na powyższej audycji złożył.

Gdy miejsce pobytu p. Izaka Fass Sądowi nie jest wiadome, przeto ces. kr. Sąd obwodowy w celu załatwowania go jak również na koszt i niebezpieczenstwo jego tutejszego Adwokata kraj. p. Dra. Lewickiego, z zastępstwem Adw. kraj. p. Dra. Reinera kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym sprawę według ustawy postępowania sądowego w Galicji obowiązującego przeprowadzoną będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktom Izakowi Fass, aby w zwycz oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenty ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońce dla siebie wybrał i o tem ces. kr. Sądowi obwodowemu doniosł, w ogóle zaś, aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłezzaniedbania skutki sam sobie przypisać musiał.

Rzeszów, d. 17 Września 1864.

L. 15152. E d y k t. (966. 2-3)

Ces. król. Sąd krajowy w Krakowie niniejszym wiadomo czyni, iż na żądanie p. Józefa Zubrzyciego wyznacza się na zaspokojenie wywalconej przez niego wrokiem z dnia 31 Grudnia 1856 r. L. 15102 i z 13 Października 1858 L. 6548 resztującą sumą w kwocie 4241 złr. 58 kr. m. k. czyl 4454 złr. 3 kr. w. a. z 5% procentem od 1 Maja 1864 począwszy, następnie kwoty 2438 złr. 45 kr. m. k. czyl 3610 złr. 68 kr. w. a. i 57 złr. 20 kr. m. k. czyl 60 kr. z 20 kr. w. a. z p. n. i kosztami w umiarkowanej ilości 4 złr. 65 kr. w. a. celem przymusowego sprzedania dóbr Sawa w obwodzie pierw. Bocheńskim teraz Krakowskim położonych na 29515 złr. 33 kr. w. a. oszacowanych do masy spadkowej Antoniego Gagatkiewicza należących bez indemnizacji czwarty termin na dzień 27 Października 1864 o godzinie 10 przed

rym wniesiony spór według ustawy cyw. dla Gali cyi przepisanej przeprowadzonym będzie.

Tym edyktom przypomina się zapozwanym, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzieliły, lub też innego obrońce obrali i tutejszemu Sądowi oznajmili, ogólnie do bronienia prawem przepisane środki uzyły, inaczej z ich opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisać musiel.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 7 Września 1864.

N. 14532. E d y k t. (965. 3)

Ces. król. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktom p. Rozalię Raczyńską, że pani Antonina z Potockich Raczyńska o wyznaczenie terminu do klasyfikacji szacunku realności pod l. 436 Gm. IV. w Krakowie dnia 29 Lipca 1845 przez licytacyę sprzedaną pod dniem 1 Sierpnia 1864 do l. 14532 podanie wniosła, iż w załatwieniu tego podania termin do przesłuchania wierzycieli hypothecnych względem retelności i wypłacenia ich wierzytelności na dzień 20 Października b. r. o godzinie 4 po południu się wyznacza.

Gdy miejsce pobytu p. Rozali Raczyńskiej nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu załatwowania pozwanej, jak również na koszt i niebezpieczenstwo tejże tutejszego Adw. p. Dra. Bielskiego z substytucją Adw. p. Dra. Samelsona kuratorem nieobecnej ustanowił, któremu uchwała z dnia 30 Sierpnia 1864 na skutek podania z dnia 1 Sierpnia 1864 do l. 14532 zapadła, doręczoną zostaje.

Zaleca się zatem niniejszym edyktom p. Rozali Raczyńskiej, aby w zwycz oznaczonym czasie albo sama stanęła, lub też potrzebne dokumenty ustanowionemu dla niżej zastępcy udzieliła lub wreszcie innego obrońce sobie wybrała i o tem ces. król. Sądowi krajowemu doniosła, w ogóle zaś aby wszelkich możliwych do wykazania swojej pretensji środków prawnych użyła, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sama sobie przypisać musiała. Kraków, 30 Sierpnia 1864.

Nr. 416. Kundmachung. (968. 2-3)

Für das f. f. prov. Berg- und Hüttenamt Swoszowice wird nachstehende Schnitholzmaterialien erforderlich, welche der Sicherstellung am 4. October l. J. eine öffentliche Licitation stattfinden wird, als:

1000 Stück geschnittenne Platten 3" lang, am Dünndende 8" breit, 4" dick.
2500 Stück kleiner Schwarlinge à 3" lang, 10" breit, 2" dick.
2500 Stück tannene Schwarlinge à 3" lang, 10" breit, 2" dick.
1000 Stück tannene gesäumte Bretter à 2" lang, 10" breit, 2" dick.
140 Schok große Faßböden, 19½" im Durchmesser.
1800 Schok gepaltene Faßtaufen 38" lang, 3 - 4" breit, ½" dick.
1500 Schok Faßreifen à 78" lang, ¾" breit.

Lieferungslustige werden hievon mit dem Beijahe verständigt: daß sie hierauf Bezug habende, von Außen mit dem Worte „Lieferungsanbot“ bezeichnete, und mit dem 10% Reugelde versehene Offerten wohlfversiegelt in der f. f. Berg- und Hüttenamtshandlung zu Swoszowice längster Zeit bis zum 4. October 1864 Mittags 12 Uhr bei dem Herrn Amtsvorstande einbringen können.

Jeder Offerent hat seinen Antrag mit Ziffern und Wörtern deutlich anzugeben und die Erklärung beizufügen: daß er sich den diesbezüglichen Licitations- und beziehungsweise Lieferungsbedingnissen, welche in der obbesagten Kundeinzelheiten sind, genau unterziehen wolle.

Bon f. f. prov. Berg- und Hüttenamt.

Swoszowice, 13. September 1864.

L. 344. E d y k t. (944. 2-3)

Ces. kr. Sąd powiatowy w Jaworzniu podaje niniejszym do publicznej wiadomości, że na żądanie p. Walentego Rejnera, prawonabywcy Feiwa Bendetza, celem zaspokojenia sumy 472 złr. 50 kr. w. a. z przynal. odbędzie się w c. k. Sądzie powiatowym Jaworznienskim publiczna licytacja realności gruntowej we wsi Jaworzno pod l. 178 leżącej z stodoły i według arkusza gruntowego do l. 229 z 15 morgów 863 kwadrat. sażni gruntu się składającę, własnością dłużnika Tomasza Obroka będącej, w trzech terminach na dniu 11 Października 1864, 8 Listopada 1864 i 13 Grudnia 1864 każdą razą o godzinie 10 zrana.

Ceną wywołania jest cena szacunkowa 545 złr. w. a., poniżej której wyż wymieniona realność sprzedaną nie będzie. Wadyum czyli zakład wynosi kwotę 54 złr. wal. austriacki.

Na wypadek nieuzyskania ceny szacunkowej przy powyższych trzech terminach, celem ustawnienia ułatwiających warunków licytacyjnych z egzekwentem na dniu 13 Grudnia 1864 o godzinie 3 po południu rozprawa przeprowadzoną będzie.

Reszte warunków licytacyjnych w tutejszym ces. kr. Sądzie powiatowym, lub przy komisji licytacyjnej, wysokość zaś zaległych podatków na owej realności ciążących w tutejszym c. k. Urzędzie podatkowym przejrzyć można.

Z c. k. Sądu powiatowego.
Jaworzno, 1 Września 1864.

Sedermann
der mit dem kleinen Einlage-Betrag von nur fl. 1.— best. W. dem Glück auf eine solide Weise die Handbieten will, kann schon dafür ein viertel **Original-Staats-Loos**, keine Promesse, für fl. 2.— aber ein halbes und für fl. 4 — ein ganzes Loos beziehen, zu der in aller Kürze, am 5. October beginnenden, von der Regierung errichteten und garantiren großen Staatsgewinn-Berlohung. Die Errichtung dieses Unternehmens, bei welchem im Laufe der Berlohung über die Hälfte der Loose mit Gewinnen von **Thir. 80,000, 40,000, 20,000, 12,000, 8,000, 6,000, 4,000, 3,000, 2,000, 1,000** re. v. gezogen werden müssen, ist eine wirkliche so vortheilhafte und die Aussicht auf Erfolg eine so groÙe, wie sie nicht leicht geboten wird.

Durch Unterzeichnen werden gefällige Aufträge gegen Einwendung des Betrages in Banknoten sofort ausgeführt, welcher nicht nur die Gewinne, sowie die plannmäßigen Freilöse den Loos-Inhabern prompt übermittelt, sondern auch Berlohungspläne und die amtlichen Gewinnlisten nach jedesmaliger Zahlung gratis verendet.

Im Interesse der Abnehmer bittet man jedoch Bestellungen baldigt und direct gelangen zu lassen an **Isidor Bottenwieser** in Frankfurt a. M.

Comptoir: Fahrgasse 124.

Wiener Börse-Bericht

vom 19. September.
Offentliche Schuld.

| A. Des Staates. | Geld Maare |
|---|-------------|
| In Ostfr. W. zu 5% für 100 fl. | 67.30 67.40 |
| Aus dem National-Anteilen zu 5% für 100 fl. mit Zinsen vom Januar — Juli. | 79.20 79.30 |
| vom April — October. | 79.30 79.40 |
| Metalliques zu 5% für 100 fl. | 71.10 71.30 |
| dto " 4½% für 100 fl. | 63.25 63.75 |
| mit Verlösung v. J. 1839 für 100 fl. | 155.50 |